

NUKLEARE BEDROHUNG HEUTE

„Abrüstung ist nicht in Sicht“

Pax-Christi-Vorsitzende: Aktuell mehr Atomwaffen als zur Zeit des Kalten Kriegs

BERLIN – 70 Jahre nach den Atombomben-Abwürfen auf Hiroshima und Nagasaki ist eine weltweite Abrüstung von nuklearen Waffen nicht in Sicht. „Die Atomkräfte weigern sich, die atomare Abschreckung aufzugeben“, sagt die Bundesvorsitzende der Internationalen Katholischen Friedensbewegung Pax Christi in Deutschland, Wiltrud Rösch-Metzler (kleines Foto), im Interview mit unserer Zeitung. Gegenwärtig gebe es auf der Welt „mehr Atomwaffen als zur Zeit des Kalten Kriegs“, erklärt sie. Auch in Deutschland lagern „immer noch 20 Atomsprengköpfe“, kritisiert die Friedensexpertin.

Frau Rösch-Metzler, die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki waren der erste und bislang einzige Einsatz von Atomwaffen in einem Krieg. Welches Gefühl überwiegt 70 Jahre danach: die Hoffnung und Zuversicht, dass die Menschheit ihre Lehre daraus gezogen hat, oder die Angst und Sorge, dass etwas so Schreckliches noch einmal geschehen könnte?

Ich würde sagen, die Angst und Sorge, dass es zu einem weiteren Atomwaffeneinsatz kommen könnte. Denn die so dringend nötige atomare Abrüstung ist nicht in Sicht. Erst vor wenigen Wochen ist wieder einmal eine UN-Konferenz im Rahmen des Atomwaffensperrvertrags gescheitert. Obwohl der Atomwaffensperrvertrag von 1968 die Weitergabe von Atomwaffen verbietet und die Atomkräfte zur Abrüstung verpflichtet, sind wir weit von einer atomwaffenfreien Welt entfernt.

Durch die Explosion in Hiroshima kamen auf einen Schlag 140 000 Menschen ums Leben, in Nagasaki 74 000. Zehntausende starben an den Folgen von Verbrennung und Verstrahlung. Die Verantwortlichen versuchten ihr Handeln damit zu rechtfertigen, dass die Bomben Japan zur Kapitulation gezwungen, noch größeres Leid und Blutvergießen verhindert und das Ende des Zweiten Weltkriegs in Asien besiegelt habe ...

Diese Argumentation ist zynisch. Wer so denkt, nimmt den Tod von Zehntausenden von Zivilisten, Alten, Kindern, Frauen billigend in Kauf. Ein solches militärstrategisches Handeln ist unmenschlich.



▲ Protest gegen US-Atomwaffen auf dem deutschen Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz. Fotos: gem, privat



Dem Feind so unermessliches Leid mit derart verheerenden Folgen zuzufügen, ist völkerrechtswidrig. Dazu gibt es ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag. Dieses stuft die Androhung und den Einsatz von Atomwaffen generell als völkerrechtswidrig ein.

Nachdem sich in Hiroshima und Nagasaki ihr Wirkungspotenzial gezeigt hat, dienten Atomwaffen vor allem als Symbole der Macht und Instrumente der Abschreckung. Im Kalten Krieg waren die Arsenale prall gefüllt. Während der Kuba-Krise 1962 sah sich die Welt am Abgrund und noch in den 1980er Jahren löste die Stationierung der Pershing-II-Raketen in Deutschland eine breite Verunsicherung aus. Wie schätzen Sie gegenwärtig die atomare Bedrohung ein?

Atomwaffen sind leider kein Phänomen der Vergangenheit. Die Atomkräfte weigern sich, die atomare Abschreckung aufzugeben und der Besitz von Atomwaffen scheint einem Land ein anderes Gewicht zu geben, weshalb Nichtatomwaffen-Staaten anstreben, ebenfalls Atomwaffen zu besitzen. Auf der Welt gibt es derzeit mehr Atomwaffen als noch zur Zeit des Kalten Kriegs. Die USA und Russland modernisieren ihre Atomraketen sogar. Angesichts aktueller Krisen wie in der Ukraine ist das mehr als beunruhigend.

Neben den USA und Russland gelten vor allem Großbritannien, Frankreich und China weiterhin als Atomkräfte. Was versprechen sich die Länder von einer Technologie, die sie im Grunde gar nicht einsetzen können, ohne damit einen Weltuntergang heraufzubeschwören?

Die fünf großen Atomkräfte sind auch die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats. Zu ihnen sind noch Indien, Pakistan, Nordkorea und Israel hinzugekommen. Letztere sind dem Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten, Nordkorea ist wieder ausgetreten.

Es gibt die These, dass der Irak 2003 möglicherweise nicht angegriffen worden wäre, wenn er über Atombomben verfügt hätte. Eine solche Annahme zeigt, dass Staaten sich durch den Besitz von Atomwaffen tatsächlich Schutz gegen Militärinterventionen versprechen. Gleich-

zeitig werden die Atombomben technologisch verfeinert. Sie sollen aus Sicht ihrer Besitzer nicht einen Weltuntergang heraufbeschwören, sondern gezielt eingesetzt werden können.

Wie bewerten Sie die Situation in Deutschland?

Die US-Armee hat zwar die Pershing-II-Raketen abgezogen, aber es lagern immer noch 20 Atomsprengköpfe in Büchel. Deutschland ist in dieses Atomprogramm mit eingebunden. Dieses Atombomben-„Sharing“, an dem sich Deutschland beteiligt, muss beendet werden. Der Vatikan zum Beispiel sieht bereits den Besitz von Atomwaffen als unmoralisch an. Die „Androhung wechselseitiger Zerstörung“ kann nicht die Grundlage friedlichen Zusammenlebens zwischen Völkern und Staaten sein, hat Papst Franziskus unlängst betont. „Jetzt ist die Zeit, auf die Logik der Angst mit der Ethik der Verantwortung zu antworten“, waren die Worte des Heiligen Vaters. Er ruft dazu auf, die nukleare Abrüstung zu verwirklichen.

Etliche Abkommen sind inzwischen geschlossen worden. Trotzdem steht hinter der Frage der Abrüstung ein großes Fragezeichen. Mangelt es an Willen, an Vertrauen oder was macht die Sache so schwierig?

Ein Beispiel: Seit 1974 strebt die UN eine atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten an, wie es sie in Afrika und Südamerika bereits gibt. Hier sperrt sich Israel. Aber Israel ist auf Sicherheit angewiesen. Diese könnte als gemeinsame Sicherheit in der Region entstehen, wenn Israel auf seine Atomwaffen verzichtet. Wenn aber, wie ja geschehen, die Bundesregierung U-Boote an Israel genehmigt, die mit Atombomben ausgerüstet werden können, ermuntert das Israel eher, sein Atomwaffenarsenal zu behalten anstatt es abzubauen.

Als positives Beispiel ist das gerade abgeschlossene Atomabkommen mit dem Iran zu erwähnen. Es ist ein großer Erfolg der Atomkräfte plus EU und Deutschland, dass der Iran zugesagt hat, 25 Jahre lang keine Atomwaffen zu entwickeln. Hier zeigt sich, dass durch lange und intensive Verhandlungen Vertrauen aufgebaut werden kann.

Interview: Christian Soyke